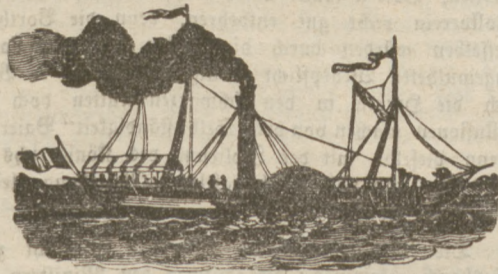


# Danziger Dampfboot.

№ 76.

Sonnabend, den 30. März.



1867.

38ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:  
In Berlin: Neumeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Büreau  
In Leipzig: Eugen Fort. G. Engler's Annonc.-Büreau,  
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau.  
In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris:  
Haasenstein & Vogler.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Diefige auch pro Monat 10 Sgr.

Die verehrten Abonnenten des **Danziger Dampfboots** werden ersucht, ihre Bestellungen auf dasselbe für das zweite Quartal 1867 erneuern zu wollen.

## Telegraphische Depeschen.

Stettin, Freitag 29. März.

Eine Anzeige des Vootsenkommandeurs vom heutigen Tage theilt mit, daß die Schifffahrt durch die drei Odermündungen wieder eröffnet ist.

München, Freitag 29. März.

Der Kriegsminister v. Frankh hat, wie schon seit längerer Zeit erwartet, sein Entlassungsgesuch eingereicht; als Grund desselben gilt die Verzögerung und Erschwerung des Heeresreformgesetzes Seitens der Kammer.

Wien, Freitag 29. März.

Der italienische Minister Graf Cibrario ist in einer besonderen Mission hier eingetroffen.

Paris, Freitag 29. März.

In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers theilte Graf Baleski mit, daß er sein Präsidentenamt niederlege, und verließ den Präsidentenstuhl, der darauf von dem Vicepräsidenten Schneider eingenommen wurde. Es circuliren Gerüchte über Veränderungen im Kabinet.

Das „Avenir national“ meldet aus dem Haag vom gestrigen Tage, daß die Abtretung Luxemburgs an Frankreich ein fait accompli sei. Eine Depesche aus Paris habe den König benachrichtigt, daß der betreffende Vertrag abgeschlossen sei. Der König habe die Abtretung alsbald der preussischen Regierung notifizirt. — Einer Mittheilung der „France“ zufolge hätte der Prinz von Oranien die telegraphische Benachrichtigung, daß zur Eröffnung der Ausstellung keine Feierlichkeit stattfinden werde, zu spät erhalten und sei in Paris eingetroffen. — Das „Memorial diplomatique“ dementirt die Nachrichten von der Sendung Frossard's nach Luxemburg und von der Existenz einer österreichisch-preussischen Allianz.

London, Freitag 29. März.

Im Oberhause erklärte Lord Derby, England habe es abgelehnt, der Türkei die Abtretung Candia's anzurathen. Lord Derby bezweifelt, daß die Türkei, ohne gezwungen zu werden, nachgeben würde.

Petersburg, Freitag 29. März.

Baron Stieglitz und Abasa (?) begeben sich nach fremden Börsenplätzen zur Erzielung der Bethheiligung fremder Financiers an den Gesellschafts-Unternehmungen, welche die Erwerbung der Petersburg-Moskauer Staatsbahn bezwecken. Die Regierung ist nunmehr definitiv zur Veräußerung der Bahn entschlossen.

Konstantinopel, Freitag 29. März.

Es wird versichert, daß die Seitens Frankreichs, Rußlands und Oesterreichs projektirte Uebergabe einer förmlichen Kollektivnote, welche der Pforte die Abtretung Kandien's empfiehlt, nicht aufgegeben sei, weil England den Beitritt zu derselben verweigert habe, sondern weil zwischen Frankreich und Rußland in dieser Angelegenheit Differenzen entstanden seien. Frankreich habe nämlich für den Fall, daß die Pforte Kandien abtrete, eine gemeinsame Garantie für sämtliche unmittelbare Territorien der Pforte verlangt; an der Weigerung Rußlands, diese Garantie zu leisten, sei das Projekt einer gemeinsamen Kollektivnote gescheitert. — Dmer-Pascha führt den Oberbefehl in Epirus

und in Albanien; das Hauptquartier desselben wird in Prevesa sein, wohin das türkische Geschwader zehn neue Bataillone überführen wird.

## Norddeutscher Reichstag.

22. Plenar-Sitzung. Freitag, 29. März.

Präsident: Dr. Simson. — Nach geschäftlichen Mittheilungen tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Specialdiscussion über Art. 22 des Entwurfes: „Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich.“ — Abg. Lasker: Ich bin für das Princip der Öffentlichkeit aber auch für seine Konsequenzen, also für die Strafkosten der wahrheitsgetreuen Berichte. Ich habe letzteres für selbstverständlich gehalten, bin aber nach allem, was sich begeben, wandelnd geworden, und darum habe ich ein auf die Befreiung von der Verantwortlichkeit gerichtetes Amendement gestellt, damit der Schutz, der den Berichten über den Preussischen Landtag geworden, auch den Berichten über die Verhandlungen des Reichstages zu Theil werde. (Redner geht auf die Vorgänge im Herrenhause und auf die Rede des Grafen Bismarck über diesen Gegenstand zurück.) Die Wahlkreise müssen genaue Kenntniß von dem haben, was hier verhandelt wird, sowie von dem Verhalten der einzelnen Abgeordneten. Nicht die 128 Plätze auf den Tribünen, sondern die Presse giebt davon Kenntniß, und kommen da hochverrätherische Kundgebungen vor, so soll es das Volk erfahren, damit der Anschreitende gebrandmarkt und nie mehr gewählt werde. Jetzt aber hat die Presse den Strick um den Hals, sie kann nur mit größter Behutsamkeit die Berichte machen, verkäufliche Stellen werden umschrieben, und man liest zwischen den Zeilen, ein bedenkliches Ding für die Regierung. Milde Praxis der Regierung ist kein Schutz, heißt nur ein Uebel dem andern zufügen; die milde Praxis führt nur herbei, daß die Gerichte in verschiedenen Staaten verschieden vorgehen. Ein Bericht, hier verboten, wird in anderen Staaten erlaubt sein, und das heißt nur Unordnung herbeiführen. — Abg. Dr. Beder: Dehnen Sie die Unverantwortlichkeit nicht auf die Presse aus, so bringen Sie den Redner außer Strafkosten, aber das Strafgesetzbuch erhebt seine Rede. — Graf Bismarck: Viele verbündete Regierungen sehen in der Redefreiheit eine Gefahr. Einen Mitbürger beleidigen, ohne ihm die Gelegenheit zur Verantwortung zu geben, ist nicht stillschweigend ein Schutz gewährt werden, wie dies auch in anderen Staaten geschieht, selbst in Amerika, wo ein Redner für seine Worte verantwortlich wird, wofür seine Rede in die Öffentlichkeit kommt. Darum bekämpfe ich die hier beantragte Sanction, womit die Freiheit nicht beschränkt wird; nur zum Schutze der Privatrechte wird die Regierung gegen veröffentlichte Reden einschreiten. Und wenn Hr. Lasker auf den Ton in meiner neulichen Rede hinweist, so bitte ich ihn, zu bedenken, daß wenn Jemand fünf Jahre gekämpft, die Gesundheit dabei geopfert und nun erreicht, was hier vorliegt, er leicht in eine gereizte Stimmung kommt; denn Sie wissen nicht, wo Sie mich treffen, Sie kennen meine Kämpfe nicht, Sie wissen nicht, wie die allgemeine politische Lage ist und wie schwer es in diesem Augenblicke ist, mit auswärtigen Regierungen zu unterhandeln, wenn man nicht der Unterstützung des Reichstages gewiß ist. Nehmen Sie das alles zusammen, und Sie werden meine Stimmung ähnlich der finden, in welcher Graf Esser im Heintich IV. sich befindet, als ihm die Gefangenen vorgeführt werden. — Bei der Abstimmung wird das Amendement Lasker angenommen und dann der so vervollständigte Art. 22 der Regierungsverordnung. (Die Rechte und die Minister stimmen dagegen.) — Art. 23: „Der Reichstag hat das Recht, Gesetze innerhalb der Kompetenz des Bundes vorzuschlagen.“ — Abg. Ausfeld schlägt vor, hinzuzufügen: „sowie das Recht der Adresse, der Petition, der Beschwerde, der Erhebung von Thatsachen und der Anklage der Minister.“ — Abg. Dr. Baumstark schlägt vor, den Art. 23 folgendermaßen zu fassen: „Der Reichstag hat das Recht, innerhalb der Kompetenz des Bundes Gesetze vorzuschlagen und an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrathe resp. dem Bundeskanzler zu überweisen.“ — Abg. Braun (Wiesbaden): Der Reichstag steht über den Fractionen und das Vaterland über den Parteien. Ich empfehle Ihnen deshalb meinen Antrag jetzt in folgender Fassung: „Der Reichstag hat das Recht, bei seinen Be-

rathungen die Anwesenheit des Bundeskanzlers zu verlangen.“ Was dem Reichstag an extensiver Befugniß abgestrichen, kann er hier an intensiver Befugniß wieder ergänzen. Dann wird die neue Bundesgewalt sich sehr vorteilhaft von der alten unterscheiden, das parlamentarische Princip wird gewahrt, die Autorität des Reichstages wird gekräftigt sein, und ein starker Reichstag bildet eine starke Stütze für die Regierungen. Will man das nicht, so compromittirt man, um eines augenblicklichen Erfolges willen, die Zukunft, und wenn man die Schwierigkeiten dem Auslande gegenüber hervorhebt, so sage ich, man besetigt sie nicht, wenn man den Reichstag zum Registrar macht, anstatt ihm Autorität zu geben. Kommen die Verwickelungen, so zeigen wir, daß uns das Vaterland höher steht als alle Parteien. — Graf Bismarck: Der Vorredner schlägt das Gewicht des Bundeskanzlers zu hoch an; wer will mich denn zwingen zu reden, wenn ich schweigen will, und was soll dann die schweigende Anwesenheit? In auswärtigen Angelegenheiten will die Regierung vielleicht der Debatte durch ihre Abwesenheit freies Spiel lassen. Im Allgemeinen wüßte ich aber gar nicht, was die Regierungen davon abhalten sollte, in den Versammlungen zu erscheinen. — Abg. Braun (Wiesbaden): In Folge dieser Aeußerungen modifizire ich meinen Antrag und bitte hinter Bundeskanzler einzuschalten: „oder dessen Stellvertreter.“ — Abg. Scherer empfiehlt das Amendement Baumstark, während ihm das Amendement Lasker bedenklich erscheint. — Abg. Kewiger befürwortet das Amendement Lasker. (In der Hofloge erscheint der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, am Tische der Bundescommissare v. Noon, v. d. Heydt, Graf Cullenburg, v. Savigny, v. Friesen, Dr. Wegell.) Abg. Ahmann hat ein Sousamendement zu dem Antrage Baumstark gestellt. — Abg. v. Vinde (Hagen): Herr Braun hat mit seinem Antrage Dinge in Verbindung gebracht, die nicht zusammen gehören. Wir wollen den Baum der Verfassung, wir wollen aber um der süßen Äpfel willen den Baum nicht gefährden. Wir wollen nicht den Reichstag zum Registrar der Beschlüsse der Regierungen machen; das ist eine unverständliche Warnung, aber wir müssen unsererseits auch nicht Beschlüsse fassen, die für die Regierung unannehmbar sind und letztere bei der jetzigen gespannten Lage Europa's nicht schwächen. Redner polemisiert noch ferner gegen die Amendements und gegen die vorgebrachten Argumente. Die Discussion ist geschlossen. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Braun und Vinde (Hagen) wird der erste Theil des Amendements Lasker bis „überwiesen“ nach zweifelhaftem Resultate bei Aufstehen und Sitzbleiben bei der Zählung mit 134 gegen 126 abgelehnt. — Das Amendement Baumstark wird mit sehr großer Mehrheit angenommen, das Zusatzamendement abgelehnt. Der Art. 23 ist dadurch erledigt. — Art. 24 lautet: „Die Legislaturperiode des Reichstages dauert drei Jahre. Zur Auflösung des Reichstages während derselben ist ein Beschluß des Bundesrathes unter Zustimmung des Präsidiums erforderlich.“ — Die Abgg. Dr. Baumstark u. Gen. beantragen: statt „drei Jahre“ zu setzen „fünf Jahre.“ — Die Abgg. Graf Bassewiz u. Gen. beantragen „sechs Jahre.“ — Die Abgg. v. Unruh (Magdeburg) u. Gen. beantragen hinter Art. 24 (oder an sonst geeigneter Stelle) als neue Artikel einzuschalten: 1) „Im Falle der Auflösung des Reichstages müssen innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach derselben die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag veriammet werden.“ — 2) „Ohne Zustimmung des Reichstages darf die Vertagung desselben die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.“ — Miquel, Fries, welcher gleichzeitig das Amendement von Unruh, betreffend die Aufnahme der preussischen Vertagungsfristen aufnimmt, Gneist, Lasker und Waldeck sprechen für die Regierungsverordnung, Solms-Lyck, Schwerin und Cullenburg für sechsjährige, Vinde-Hagen für fünfjährige Legislaturzeit. Die sechsjährige und fünfjährige Periode wird abgelehnt, letztere mit 138 gegen 127 Stimmen und darauf die Regierungsverordnung fast einstimmig angenommen mit dem Amendement Unruh's. Brandenburg schlägt der Zeitersparniß wegen vor, von einer wiederholten Präsidentenwahl abzusehen. Die Beschlußfassung darüber wird auf morgen vertagt.

## Politische Rundschau.

Wie die letzten Abstimmungen im Reichstage gezeigt und nach dem, was wir aus der national-liberalen Fraction selber vernehmen, herrscht in den Reihen derselben keineswegs eine volle Uebereinstimmung, vielmehr gehen in den wichtigsten und für das Zustandekommen der Verfassung entscheidenden Fragen die Ansichten sehr auseinander. Während der allerdings weit größere Theil die Herstellung eines constitutionellen Bundesstaats anstrebt und von der Anerkennung der constitutionellen Doctrin in dem Verfassungsentwurf die Annahme desselben abhängig gemacht wissen will, hat der übrige Theil so viel praktischen Sinn, um zu begreifen, daß bei der heutigen Lage der Dinge die Freiheit und Einheit der Nation weder gleichzeitig, noch mit einem Male errungen werden können, daß es sich im gegenwärtigen Moment nur darum handelt, für die Herstellung der Einheit, ohne der Freiheit irgend welche Opfer zu bringen, einen festen verfassungsmäßigen Boden zu gewinnen.

Soll dies Ziel nun aber errungen, und zwar so rasch als möglich errungen werden, so werden diejenigen unter den National-liberalen, die nicht mit den Feinden Preußens den norddeutschen Bund scheitern machen und damit ihre eigne politische Zukunft untergraben wollen, gut thun, einer ihren Neigungen und Principien so widersprechenden Coalition den Rücken zu kehren und sich entweder den Alt-liberalen eng anzuschließen, oder eine eigne Fraction zu bilden. So getrennt von denen, die sie doch nicht für ihre Ueberzeugungen gewinnen und die nur durch die Vereitlung des norddeutschen Bundes eine politische Bedeutung erlangen zu können glauben, würden die wahrhaft Nationalen unter der national-liberalen Fraction eine außerordentlich erfolgreiche Wirksamkeit für die Ehre, Macht und Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes entwickeln können.

Wer wirklich die Garantien der persönlichen Freiheit vermehrt und die militärische Einheit Deutschlands gesichert wissen will, der darf zweierlei nie aus den Augen verlieren: einmal, daß eine durch den Parlamentarismus lahm gelegte Regierung in Preußen niemals den Widerstand wird besiegen können, welcher sich der Herstellung der Einheit gegenüber stets geltend machen wird, und zweitens, daß nur eine auf dem Boden der altpreussischen Traditionen stehende Regierung wirklich liberal und gegen alle Parteien und jeden Einzelnen gerecht sein kann. —

Nach Wiener Quellen hat unsere Regierung an ihre Vertreter bei den auswärtigen Höfen Erläuterungen der Bündnißverträge Preußens mit den süddeutschen Mittelstaaten gerichtet, die bereits an ihre Adressen gelangt sind. Preußen vertritt in diesen Schriftstücken, wie jene hören, die Ansicht, daß die Staaten des deutschen Südens, denen wohl das Recht zugesprochen, nicht aber die Verpflichtung auferlegt worden, sich zu einem Südbunde mit unabhängiger Existenz zusammenzuschließen, von ihrer Unabhängigkeit nichts einbüßten, wenn sie auf die Errichtung eines solchen Bundes verzichteten. Eben weil sie vollständig unabhängig geblieben seien, müsse ihnen auch die Berechtigung, die ausgedehnten Garantie-Verträge einzugehen, unverkümmert zugestanden werden. In Bezug auf Preußen speciell aber schließe grade die Uebnahme einer Garantie für den gesammten Besitzstand der betreffenden Staaten unbedingt die Unterstellung aus, daß irgend welche Territorial-Erwerbung südlich des Mains in seiner Absicht liege. Das Cabinet von Berlin nehme keinen Anstand, nochmals und feierlich vor Europa zu erklären, daß es den Prager Frieden seinem ganzen Inhalte nach fortgesetzt als die bindend hingestellte Grundlage der neuen Ordnung der Dinge anerkenne und zu respectiren entschlossen sei.

Ueber die Verhandlungen, welche in Betreff der Aufhebung des Salzmonopols zwischen Commissariaten von Preußen und den süddeutschen Staaten in Berlin geführt worden, erfahren wir, daß sie einen günstigen, wenn auch nur langsamen Gang nehmen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die im Interesse der Verkehr-Einheit so sehr wünschenswerthe gleichmäßige Besteuerung des Salzes erreicht werden wird; doch sind die süddeutschen Verhältnisse bei dieser Angelegenheit so wesentlich von den norddeutschen verschieden, und es bestehen im Süden so sehr abweichende Einrichtungen für die Besteuerung des Salzes, daß die Feststellung der speciellen Vertragsbestimmungen nur langsam vorrücken kann. Voraussetzlich wird Preußen den süddeutschen Staaten bei der bevorstehenden Ueberarbeitung der Zollvereinsverträge die Aequivalente gewähren, die ihr fiskalisches Interesse in der Salzfrage bedingt.

Der Regierungsantritt des Fürsten Heinrich XXIII. in den Greizischen Landen und der Rücktritt Carolinens ist am 28. d. ohne allen äußeren Prunk vor sich gegangen, wie dies der junge Herrscher gewünscht hat. Die für die Festlichkeiten bestimmten Gelder sollen milden Stiftungen zu gute kommen, was auf die Bevölkerung einen freundlichen Eindruck gemacht hat.

Die Preußen und Deutschland feindliche Clique in Baiern macht noch fortwährend die gewaltigsten Anstrengungen, sich von der Preussischen Oberhoheit loszureißen; man sucht dort jetzt die Ansicht zu verbreiten, Baiern könne unter sothanen Umständen den Zollverein recht gut entbehren, denn die Vortheile desselben würden durch die Lasten der dem Lande zugemutheten Wehrpflicht völlig paralysirt. — Was sich die Herren in den schwarzen Kutten doch für Illusionen machen von der „Selbstständigkeit“ Baierns, wenn dieselbe mit der Isolirung des Königreichs in politischer und volkswirtschaftlicher Beziehung gleichbedeutend ist.

Die Ministerkrisis in München ist nicht zum Ausbruch gekommen; die zwischen den Ministern bestandenen Differenzen sind vielmehr gütlich ausgeglichen. Inzwischen hat Herr v. Bomhard den erbetenen Urlaub „zur Kräftigung seiner Gesundheit“ auf 10 Tage erhalten, während welcher Dauer das Portefeuille des Justizministeriums dem Staatsrath v. Fischer übertragen ist. Möglich ist's freilich, daß Herr v. Bomhard auch noch später sich „angegriffen“ fühlt.

In Wien sagt man, daß der französische Votschafter die Ansicht Oesterreichs über die luxemburgische Frage sondirt habe. Es wird erzählt, Hr. v. Deuff habe sich dahin geäußert, Oesterreich werde unter allen Umständen die strengste Neutralität beobachten. Die Forderungen Frankreichs könne es nicht unterstützen; es habe aber auch keine Veranlassung, gegen Frankreich aufzutreten.

Dagegen schreibt ein anderer Wiener Korrespondent: Ich hatte in diesen Tagen Gelegenheit, mich einem Staatsmann zu nähern, der den unmittelbar entscheidenden Kreisen sehr nahe steht, und ich möchte Ihnen eine Aeußerung desselben berichten, welche mir vielfach bezeichnend für die Stimmung dieser Kreise scheint. Das Gespräch nahm eine Wendung, die sich schließlich zu der offenen Frage zuspitzte, ob die Regierung schon daran gedacht habe, einen Entschluß zu fassen, wenn etwa zwischen einem Bündniß mit Preußen und einem Bündniß mit Frankreich eine Wahl getroffen werden müßte. „Es ist daran gedacht“, so lautete im Wesentlichen die Antwort, „und wenn eine Wahl getroffen werden müßte, wozu freilich augenblicklich die Situation sich nicht anläßt, so würde, verlassen Sie sich darauf, die Entscheidung für das Bündniß mit Preußen fallen.“ Und warum? fragte ich weiter. „Weil das Bündniß mit Preußen“, war die Antwort, „den Frieden mit Frankreich nicht ausschließt, weil aber das Bündniß mit Frankreich der Krieg gegen Preußen wäre.“

Die „R. Z.“ vermerkt es sehr übel, daß Preußen gleichfalls der Türkei die Abtretung Kandias ange-rathen hat, kann sich aber nicht enthalten, dem Grafen Bismarck zu der damit documentirten Anerkennung des Nationalitätenprincips zu gratuliren, denn — nun kommt's! — die Nordschleswiger können jetzt ruhig schlafen. Denn während das Verhältniß der Griechen zu den Türken auf Kandia wie 3:2 sei, stelle sich das der Dänen zu den Deutschen in Nordschleswig wie 10:1, und Graf Bismarck wird, wenn der türkische Gesandte ihm zur Abtretung Nordschleswigs bis südlich vor Flensburg rath, wohl antworten: „Gewiß, lieber heute als morgen, denn was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig.“ — Oder auch nicht, meinen wir, denn ob der preussische Gesandte die Pforte zur Abtretung türkischen Gebietes, oder der türkische Gesandte Preußen zur Abtretung Preussischen Gebietes rath, ist wahrhaftig ganz gleichgültig, da es in beiden Fällen nicht eine Pression, sondern nur ein wohlwollender unmaßgeblicher Vorschlag ist. Aufrichtig gesagt, hätten wir es lieber gesehen, Preußen hätte sich nicht hineingemischt in die Angelegenheiten „da unten, wo die Türken aufeinander schlagen“, da es eben dort nichts zu suchen hat, wenigstens vorläufig noch nicht, wo wir zu Hause alle Hände voll zu thun haben.

Die luxemburger Frage ist noch immer diejenige, welche sehr lebhaft die politischen Kreise beschäftigt, und zwar gewinnt die Ansicht, daß die Cession des Großherzogthums Seitens Holland an Frankreich eine beschlossene Sache sei, täglich mehr Anhänger.

Ein anderer Bericht aus Luxemburg meint aber, daß, wenn Preußen etwa den Zollverein kündigen sollte, so würden die Luxemburger, um dieses wirtschaftliche Band zu erhalten, sich den Eintritt in den norddeutschen Bund, oder wenigstens ein Schutz- und Trugbündniß nach der Art von Württemberg und Bayern gefallen lassen. Würde aber abgestimmt, wohin die Bevölkerung wollte, nach Deutschland oder nach Frankreich, so würde Großhandel und Industrie stimmen: „Nach Deutschland“, Gelehrte und Bauern, und überhaupt die Majorität, würde votiren: „Weder das eine noch das andere, sondern nach Belgien!“ Für Frankreich aber würde kein Mensch stimmen, höchstens eine Hand voll „Abbés.“

Es verlautet, daß die Initiative zu den bisher vertraulichen Mittheilungen zwischen Holland und Frankreich in dieser Angelegenheit vom Könige von Holland ausgegangen sei; aber es wird die Ansicht ausgesprochen, daß jede Befürchtung zu irgend einer Verwickelung ungerechtfertigt sein dürfte.

In Paris wollte man wissen, Kaiser Napoleon werde am Montag in seiner Ausstellungsrede den in Aussicht genommenen Anschluß Luxemburgs an Frankreich verkünden.

Ein französischer Deputirter erzählte dieser Tage in Paris, er habe in Rehl (in Baden, gegenüber Straßburg) neben der badischen die preussische Fahne gesehen. Die Sache erregte Aufsehen und die Franzosen glaubten schon die Preußen im Anmarsch auf den Elsaß. Die elsässer Blätter machen jetzt übrigens stark in Sensations-Nachrichten. Sie erklären, daß man der französischen Forderung nach der Rheingrenze die Forderung der Vogesen-Linie entgegenhalte, das „gestohlene“ Straßburg zurückfordere u. s. w.

In Italien hat die Veröffentlichung der Deutschen Allianzverträge einen sehr guten Eindruck gemacht, um so mehr, da nun mit einem Male der Alp des Gerüchtes einer französisch-österreichisch-italienischen Allianz von den Gemüthern genommen ist. Italien wird an den freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland festhalten.

Es ist in neuester Zeit ein eifriger Depeschen-Verkehr zwischen dem Berliner und italienischen auswärtigen Aente gepflogen worden, welcher der beiderseitigen Erkenntniß, daß gemeinsame Interessen eine eventuelle Solidarität in der Defensive geboten erscheinen lassen, entsprungen ist. Wir glauben guten Grund zu der Annahme zu haben, daß, falls es zu Verwickelungen zwischen Frankreich und Deutschland kommen sollte, Italien nicht passiv zuschauen, sondern eine derartige Gelegenheit mit Freude benutzen würde, um Savoyen und Nizza zurückzugewinnen, da der Verlust dieser vom Kaiser Napoleon dem König Viktor Emanuel abgedrungenen Wiege seines Geschlechts keineswegs verschmerzt ist, vielmehr um so tiefer empfunden wird, seit der nationale Stolz durch die Wiedervereinigung Venetiens mit dem übrigen Italien so lebhaft angefeuert ist.

Am 29. Juni d. J. bekommt der liebe Gott wieder 25 neue Heilige. Es werden nämlich an diesem Tage in Rom 23 Geistliche und 2 Klosterfrauen, eine spanische und eine neapolitanische, heilig gesprochen und zu dieser Festivität alle katholischen Bischöfe eingeladen; nur höchst wichtige Ursachen entschuldigen das Ausbleiben. Bereits zum dritten Male citirt Pius IX. die Bischöfe nach Rom, was kein Papst noch gethan hat, ausgenommen, es wurde eine allgemeine Kirchenversammlung gehalten; zugleich wird auch der 1800 jährige Todestag des heiligen Petrus und Paulus gefeiert. Der heilige Vater scheint auf große und pompöse Feierlichkeiten sehr viel zu halten. Erst 1854 und 1862 waren fast alle Bischöfe in Rom versammelt, und jetzt sollen sie schon wieder erscheinen. Die Jesuitenpartei will es so, und dieser muß gehorcht werden.

Der „Morning Herald“ erwähnt, daß in Petersburg allgemein von einem zwischen Rußland, Preußen und Rumänien abgeschlossenen Schutz- und Trugbündniß die Rede sei. (?)

Es besteht in Warschau noch immer das Verbot, nach 12 Uhr Mitternachts auszugehen. Ebenso darf noch immer kein Fest, nicht einmal ein kleines Familienfest ohne vorher eingezogene Polizeierlaubnis stattfinden. In der nächsten Nachbarschaft von Warschau kamen zwei Bürger um eine solche Erlaubniß ein und gaben vorchriftsgemäß in ihren Gesuchen das Tanzprogramm an. Da auch eine Cracovienne aufgeführt war, so wurde dem einen dieser Bürger die Erlaubniß versagt, dem andern das Fest zwar gestattet, aber doch am Anfang desselben erschien ein Polizeibeamter in der Saale, mit der Anzeige, daß er die Weisung habe, den Tanz zu überwachen. Er blieb da bis zuletzt und machte sich



Die Verwaltung des Königl. Domainen-Kentamentes zu Zoppot ist dem Civilsupernumerar Herrn Gast kommissarisch übertragen worden.

**Thorn.** Das Thorn-Bartensteiner Eisenbahnprojekt scheint in neuerer Zeit wieder in erfreulicher Weise gefördert zu sein, da Seitens des Magistrats zu einer in dieser Angelegenheit, die Ausführung der Bahn betreffenden Conferenz in Berlin ein Deputirter abgesandt worden. — Der hiesige Handwerkerverein hat mit großer Majorität einem aus seiner Mitte zur Weltausstellung nach Paris reisenden tüchtigen Gewerbetreibenden eine namhafte Reise-Unterstützung zu gedachtem Zwecke bewilligt.

**Tilsit.** Folgender eigenthümliche Vorfall wirft ein seltsames Schlaglicht auf den Charakter mancher Litthauer. In ein öffentliches Geschäft treten zwei Litthauer mit der Frage, ob etwa in diesem Lokale Listen zur Unterschrift für Rothschild ausliegen. Auf vielfaches Befragen erzählen sie, sie hätten von einem Bekannten erfahren, daß Rothschild geköpft werden solle; dieser wolle sich aber einen Stellvertreter besorgen und habe daher 60 Männer aufgefunden, sich durch Unterschrift bereit zu erklären, für ihn den Tod zu erleiden, wenn das Loos sie dazu bestimmen sollte; die übrigen sollten je 1000 Gulden erhalten. Ihr Bekannter habe sich schon gemeldet und sie wären gekommen, um sich ebenfalls als event. Todeskandidaten zu präsentieren. „Denn“, sagten sie, „besser früh sterben, als ein langes Leben voll von Entbehrungen führen.“ Andererseits hätten sie doch Aussicht auf ein ansehnliches Geschenk; denn Rothschild wäre ein reicher Mann und würde sein Wort schon halten. Hieraus ersieht man, in wie hohem Grade ein Spatzvogel die Leichtgläubigkeit und den Eigennutz mancher Litthauer auszubeuten verstanden hat.

### Stadt-Theater.

„Stille Wasser sind tief“ ist der Titel eines älteren kernigen und an komischen Scenen reichen Lustspiels, welches Herr Köckert zu seiner gestrigen zweiten Gastdarstellung gewählt hatte. Das Stück, getragen von den durchweg gediegenen Leistungen der dasselbe aufführenden Künstler, war von einschlagender Wirkung und hielt das Interesse der Zuschauer bis zu seinem Ende in stetem Steigen gefesselt. — Herr Köckert (Baron Wiburg) hatte von seiner ersten Scene an das Publikum für sich gewonnen. Er maßigte sehr richtig die Plumpheit zu einer linkschen Schüchternheit und Unpolirtheit, und repräsentirte dann den Herrn im Hause mit einer Energie, die allen Pantoffelhelden zur Nachahmung empfohlen werden kann. Dabei war jedoch stets der Ausdruck der Liebe, die sein ganzes Treiben rechtfertigen soll, erkennbar; es mischte sich in das Spiel des Herrn Köckert ein Nachhall der innigsten Wehmuth hinein, eine leichte Sentimentalität, die das doch gar zu harte und tolle Schalten des jungen Chemanns milderte. — Frau Fischer (Baronin von Helmbach) zeichnete in scharfen Zügen die eigensinnige Frau, welcher die Freiheit über Alles geht, und wußte die Sucht nach dieser auf eigenthümliche Weise darzustellen. Bei dem Benehmen gegen ihren Gatten ließ Frau Fischer bisweilen doch einen leisen Zug von Zuneigung merken, der sich, ohne daß sie es selbst weiß und will, durch ihre Härte und ihren Aerger gegen denselben durchdrängt, wodurch der plötzliche Uebergang in die sich ganz hingebende Liebe am Schluß vorbereitet werden muß, da diese sonst zu unwahrscheinlich wird. — Frä. Lehnbach (Therese) spielte mit lieblicher Zartheit, und Frä. Albert (Antonette) nahm das Publikum wieder durch ihr anmuthig-lebendes Wesen für sich ein. — Hr. Köfcke bewirkte als Wallen eine fortwährend steigende Scala der guten Laune im Zuschauerkreis und Hr. Hamm spielte den Herrn v. Rehberg, den nur für zwei Dinge: Essen und Trinken, lebenden Gourmand, mit seiner Komik. Das Publikum war von der Darstellung sehr befriedigt und unterließ es nicht, die Hauptdarsteller mehrmals hervorzurufen.

Auflösungen des Räthfels in Nr. 75 d. Bl.:

„Ganswurf“ sind eingegangen von A. Klitzkowski, Schulvorsteher; C. Rehfeldt; G. Krompholz.

### Meteorologische Beobachtungen.

29	4	333,69	+ 9,0	West flau, leicht bewölkt.
30	8	334,54	+ 2,8	SW. mäßig, bezogen.
	12	334,21	+ 7,2	Süd do. do.

### Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 29. März.  
1 Schiff m. Holz u. 1 Schiff m. Getreide.  
Angelommen am 30. März.  
1 Schiff m. Ballast.  
Nichts in Sicht.

Wind: S.

**Pörsen-Verkäufe zu Danzig am 30. März.**  
Weizen, 50 Sack, 127. 32 pfd. fl. 575—622; 124 pfd. fl. 560; 125 pfd. fl. 550; pr. 85 pfd.  
Roggen, 122 pfd. fl. 363; 123 pfd. fl. 366; 126 pfd. fl. 372; 127 pfd. fl. 375 pr. 81 pfd.  
Weiße Erbsen, fl. 348—351 pr. 90 pfd.  
Grüne Erbsen, fl. 360 pr. 90 pfd.

**Bahnpreise zu Danzig am 30. März.**  
Weizen bunt 120—131 pfd. 88—103 1/2 Sgr.  
hellb. 122. 32 pfd. 95—107 Sgr. pr. 85 pfd.  
Roggen 120. 27 pfd. 58 1/2—59—62 1/2 Sgr. pr. 81 pfd.  
Erbsen weiße Koch. 62—65 Sgr. } pr. 90 pfd. 3. G.  
do. Futter. 56—60 Sgr.  
Gerste kleine 100—110 pfd. 48—48 1/2—53 Sgr.,  
do. große 105—114 pfd. 51—52 1/4 Sgr. pr. 72 pfd.  
Hafer 30—33 Sgr. pr. 50 pfd. 3. G.  
Spiritus 16 1/2 Thlr.

### Englisches Haus:

Die Kaufl. Hanzo a. Berlin u. Schüze a. Hamburg.  
**Hotel de Berlin:**  
Rittergutsbes. Hirschfeld a. Czerniau. Hotelbesitzer  
Fiede a. Pr. Stargard. Rfm. Kamprath a. Leipzig.

### Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Baron v. Räßfeld a. Lewino. Cand.  
Moldehn a. Königsberg. Die Rentiers Egebrecht und  
Clewe a. Conitz. Besitzer Meisek a. Zugdam. Kaufl.  
Bura u. Neustadt, Camin a. Schlochau, Ebenstein a.  
Berent und Bennescheidt a. Cöln. Frau Rittergutsbes.  
Steffens u. Fräul. Hoffmann a. Johannesthal.

### Hotel du Nord:

Schiffs-Müller Uta u. Rfm. Lindenbaum a. Bordeaux.  
**Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:**  
Die Rittergutsbes. Oberst a. D. v. Palubicki aus  
Liebenhof u. Hering a. Mirdau. Die Kaufl. Popitz a.  
Leipzig, Schmidt a. Berlin, Böcker a. Stettin, Jacoby  
a. Neuteich u. Horn a. Königsberg.

### Hotel zum Aronprinzen:

Ober-Schulze Claassen a. Steegnerwerder. Kaufl.  
Mepler a. Elbing, Lach, Schneider u. Pinner a. Berlin.

### Hotel de Thorn:

Die Gutsbes. Vient, Schmidts u. Gattin a. Herren-  
grebin u. Ziehm a. Marienburg. Baumstr. Bellermann  
a. Posen. Die Kaufl. Böhm a. Leipzig, Bennekenstein  
a. Stahsurth u. Maulbard a. Wannfried.

### Bekanntmachung.

Die Bestimmung, laut welcher die Aufnahme schul-  
pflichtiger Kinder in die städtischen Elementar-  
Schulen hieselbst der Regel nach nur um Ostern und  
Michaelis stattfinden darf, wird hierdurch mit dem  
Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß die Anmeldungen  
bei den betreffenden Lehrern geschehen können,  
Gesuche um Ermäßigung oder Erlass des Schulgeldes  
aber an die Schulvorstände zu richten sind.

Danzig, den 26. März 1867.

Der Magistrat.

Die Schul-Deputation.

### Bekanntmachung.

Sowohl die am 1. April c. fällig werdenden halb-  
jährlichen Zinsen von den Danziger Stadt-  
Obligationen des Jahres 1850, als auch die bis  
jetzt nicht erhobenen Zinsen derselben Obligationen  
für frühere Termine, können vom 3. April c.  
ab an jedem Wochentage in den Vormittagsstunden  
auf der Kammerei-Kasse gegen Einlieferung der  
betreffenden Coupons in Empfang genommen werden.

Danzig, den 19. März 1867.

Der Magistrat.

### Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.

32 pCt. Dividende pro 1866.

Auskünfte ertheilen und Versicherungen vermitteln  
die Agenten:

E. A. Kleefeld, Brodbänkegasse 41,

Eduard Rose, Langgasse 77,

L. C. A. Schröder,

St. Katharinenkirchensteig 15,

Gust. Böttcher, Paradiesgasse 20,

sowie der Haupt-Agent

Heinrich Uphagen,

Langgasse 12.

### Stadt-Theater zu Danzig.

Sonntag, d. 31. März. (121. Abonn.-Vorst.)

Zum vierten Male: **Aus bewegter Zeit.**  
Lebensbild in 3 Abtheilungen von Pöhl.

Montag, den 1. April. (Abonn. suspendu.)

**Drittes Auftreten** des kaiserl. russischen  
Hofschauspielers Herrn **Alexander Köckert**  
aus St. Petersburg. Zum ersten Male: **Die**  
**zärtlichen Verwandten.** Lustspiel in  
3 Akten von R. Benedix.

### Zu den Parlamentswahlen.

Am Montag 1. April findet die engere Wahl  
zwischen Hrn. Comm. = **Rath Bischoff**  
und Hrn. Justiz-Rath **Martens** statt.  
Bei der letzten Wahl erhielt Hr. **Bischoff**  
**4309** Stimmen, Hr. **Martens**  
**3798** Stimmen, die übrigen Candidaten  
zusammen **1189** Stimmen.

Die Unterzeichneten empfehlen  
ihren Mitbürgern die Wahl des  
Hrn. **Comm. = Rath Bischoff**  
**in Danzig.**

Derselbe ist in mehreren großen Ver-  
sammlungen von Wählern aller Berufs-  
klassen als Candidat aufgestellt. Sein  
langjähriges und uneigennütziges Wirken für  
das Allgemeinwohl ist unter seinen Mitbürgern  
bekannt genug.

Danzig, 28. März 1867.

Das Wahlcomité der Wählerversammlung  
vom 5. März.

Albowski, Andro, Augustin, Böhm, Barnid,  
Benedix, Borische, J. Brandt, F. Brandt,  
Cunow, Düring, Drewig, Deorient, G. v. Dühren,  
F. Gibbone, Grundt, Gurski, Hartwig,  
L. Hoemgen, B. Hausmann, Dr. Hein, Holz,  
M. A. Haffe, Hopp, Jänisch, Jakobowski,  
Janzen, Klotz, Kuhl, F. C. Krüger, Job. Krause,  
Krent, J. W. v. Kampen, Koch, F. A. Krüger,  
Kiebert, Kipke, v. d. Lippe, Kiegnitz, Kiep,  
Lemberg, Liebau, G. Lickfeld, C. E. Meyer,  
A. Mombert, J. Mombert, Ad. Meyer,  
Ph. Metten, S. Müller, Naglo, Mellien,  
Neuenborn, Niedball, Niebball jun., Kögel,  
H. Kögel, Dillendorf, Paninski, Dr. Pivko,  
A. Prina, Preuß, H. Richter, Riemer, Robloff,  
Radewald, de le Roi, Sachwe, R. Schneider,  
F. C. Schwarz, Spaldina, Schulz, Sielaff,  
Dr. Semon, Dr. Stein, E. Schmidt, Schottler,  
Schönick, G. Stobbe, Schwarm, Spetber,  
Stork, Stahl, F. Schwarz, Timm, de Veer,  
Behlow, Bergien, Witt, Wulchow, F. G. Wolff,  
Weiß, M. F. Zander, Ziegler, Zimmermann.

**Aprilscherze** in Briefen und Karten  
empfehlen die Papier- und Galanterie-Handlung von  
**J. E. Preuß**, Portcassingasse 3.

Hente Sonnabend **Fischessen** bei  
**Woyczuck**, „Hundehalle.“

Ein wenig gebrauchter **Concert-**  
**Flügel** billigst zu verkaufen  
**Hundegasse 10 1/2, 2 Tr.**

Um **Strohüte** z. **Wasch.**, **Mod.** und  
**Färb.** bittet **August Hoffmann**,  
**Strohutfabrik**, Heil. Geistgasse 26.

**1. TAGNETERGASSE 1.**  
Zum Graviren von Dienstsegen, Brief- u. Wäsche-  
Stempeln jeder Art, Wappen, Thürplatten, Oblaten-  
Siegen u. s. w., werden Aufträge erbeten von  
**L. L. Rosenthal**, Graveur, Stempel- u. Wappensteinzer,  
Tagnetergasse 1, (an der Johannis-Kirche.)

Die **F. Adolph Schumann'sche**  
**Porzellan-Niederlage**,  
Wollweberggasse Nr. 9,  
empfangt auf's Neue eine große Sendung  
**Ausschuss-Porzellan.**